

UNO-Konferenz

Klimawandel oder Kollaps

Die internationale Staatenwelt trifft sich in Nairobi, um über die Klima-Verschlechterung zu reden. Die EU verlangt indessen konkrete Pläne, um die Kosten, die durch Umwelt-Katastrophen für die Wirtschaft entstehen, zu reduzieren.

VON MARGARETHA KOPEINIG
UND OTTO KLAMBAUER

Hurrikane, Überschwemmungen, Dürrekatastrophen, Urwald-Rodungen, wachsender Ausstoß von Treibhausgasen, schmelzende Gletscher, Artensterben und im Wasser versinkende Inseln – die Erderwärmung ist menschengemacht.

Die düstere Bestandsaufnahme und Warnungen zum Auftakt der UNO-Klimakonferenz am Montag

in Kenia sind bekannt. Die EU-Staaten haben jetzt aber die Kosten und die wirtschaftlichen Folgen des weltweiten Klimawandels aufgerüttelt. Sie wollen künftig Vorreiter im Klima- und Umweltschutz sein.

Was kostet der Klimawandel?

Der Preis des unterlassenen Handels beziffert der frühere Weltbank-Chefökonom und britische Regierungsberater Nicholas Stern in einer aktuellen Studie mit jährlich mindestens fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bis 2050 könnten mehr als 20 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung verschlungen werden. Dagegen wäre wirksamer Klimaschutz für ein Prozent Wachstum zu haben. Sollte in den nächsten 15 Jahren nichts passieren, werde die Weltwirtschaft in eine Krise ähnlich jener der dreißiger Jahre stürzen. „Der Klimawandel ist das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen hat“, rügt Stern.

Was macht die EU?

Jährlich zahlt die EU rund 8,5 Milliarden Euro für Schäden durch Klimawandel. Diese Summe hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Bis 2020 verlangt die EU-Kommission, 20 Prozent Energie einzusparen. Damit könnten Energiekosten jährlich um 100 Milliarden Euro redu-

ziert werden. Klimaschutz wird auch eine Priorität der deutschen EU-Präsidentschaft 2007. Die Pläne der EU-Kommission bis Ende 2006: Ausweiten des Emissionshandels auf die Luftfahrt sowie für Grenzwerte beim CO₂-Ausstoß neuer Autos (Anm.: Staat legt Ausstoß fest, vergibt an Unternehmen Zertifikate, mit denen gehandelt wird. Betriebe kaufen Zertifikate oder investieren in Emissionsreduktion).

Warum gibt es Klimakonferenzen?

Bis 17. November findet in Nairobi die 12. Klimakonferenz statt.

1992 in Rio hatte die Weltgemeinschaft beschlossen, die globale Erderwärmung aufzuhalten, um eine Katastrophe zu verhindern. Seither treffen sich 189 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention jährlich. 161 Staaten sind dem Kioto-Protokoll beigetreten. Darin verpflichten sich die Industriestaaten bis 2012, ihren Ausstoß an Treibhausgasen um fünf Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken (siehe Grafik).

Welche Beschlüsse sind in Nairobi zu erwarten?

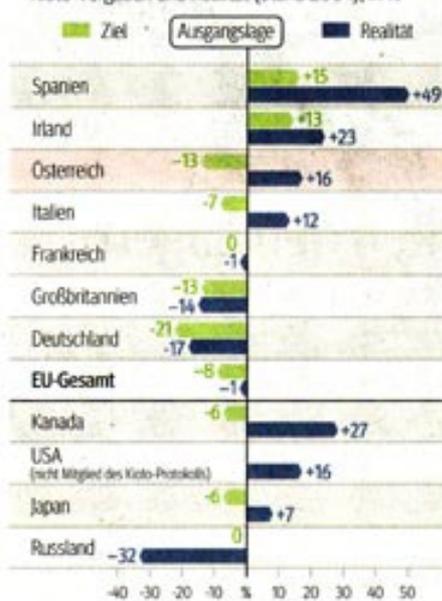
Für die Zeit nach 2012 sind keine Resultate erwartbar. Die Debatten dürften sich mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen. Kenia will auf die düstere Klima-Zukunft Afrikas aufmerksam machen. Der Schnee auf dem Kilimandscharo könnte bald Vergangenheit sein. Die Eiskappe auf dem höchsten Berg Afrikas hat seit 1912 rund 82 Prozent ihres Volumens verloren, der Rest könnte in 15 Jahren weggeschmolzen sein. Mit dem Gletscher verschwinden auch die Wasserressourcen am Fuße des Berges.

Warum ist es so schwierig, ein Kioto-Folgeabkommen zu schließen?

Ein Verhandlungsmandat für ein Folgeabkommen ist in Nairobi nicht zu erwarten. In der UNO gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Die USA, weltweit einer der größten Klima-Sünder, haben sich 2001 aus dem Kioto-Prozess verabschiedet. Eine Reduktion von Treibhausgasen ist nur mit Hilfe der USA möglich. Bis 2050 müssten die Industriestaaten ihre Emissionen um 60 bis 80 Prozent mindern, um die seit der Massen-Industrialisierung erhöhte Durchschnittstemperatur um zwei Grad zu halten.

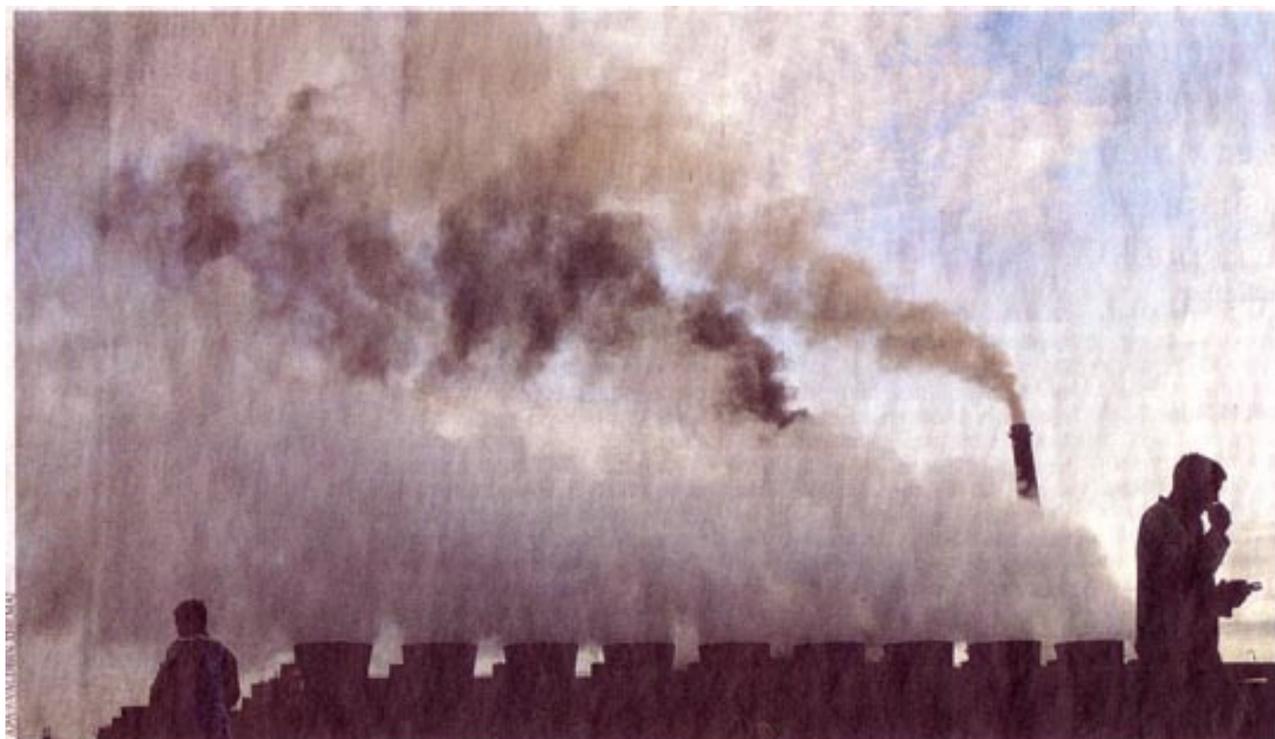
Die Kioto-Sünder

Reduktion der Treibhaus-Emissionen: Ziel laut Kioto-Vorgaben und Realität (Stand 2004), in %



KURIER Grafik: Brenner / Quelle: KURIER

Weiter auf der nächsten Seite!



Kraftwerke sind die Umweltverschmutzer Nummer eins. Negative Wirkung auf das Klima haben auch riesige Abholzungen, der Verkehr und alte Industrieanlagen

► Europäische Umweltagentur

„Der Klimawechsel ist das dringendste Problem, das Europa zu lösen hat“

Wenn man Passanten in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen nach der Europäischen Umweltagentur fragt, erntet man meist fragende Blicke. Nur wenige Menschen kennen die EEA, noch weniger wissen über die Arbeit der 170 Mitarbeiter Bescheid.

Dabei existiert die EEA bereits seit zwölf Jahren. Sie gehört zu den größten der rund 30 EU-Agenturen. 31 europäische Staaten (25 EU-Länder sowie Bulgarien, Island, Liechtenstein, Norwegen, Rumänien, Türkei) sind Mitglied, die Schweiz tritt als nächstes bei.

Unabhängig Eine blau-gelbe EU-Fahne sucht man vergeblich an der Fassade der Agentur – nicht ohne Grund: „Wir sind unabhängig“, betont EEA-Mitarbeiter Paul McAleavey. Zwar stammt ein Großteil des Budgets (30 von jährlich 35 Millionen Euro) aus Brüssel. Der Status rechtlicher Unabhängigkeit sorgt aber für zuverlässige Umwelt-Information.

Die EEA-Experten sammeln Daten aus ganz Europa und analysieren sie. Sie untersuchen politische Strategien (etwa wie sich Steuern auf die Umwelt auswirken) und stellen ihr Wissen Entscheidungs-

trägern zur Verfügung. Sie beobachten, welche Länder erfolgreich unterwegs zu den Kyoto-Zielen (Verringerung der Treibhausgase) sind und welche abweichen – etwa Österreich. Für EEA-Direktorin Jacqueline McGlade ist der Klimawechsel „das dringendste Problem, das Europa zu lösen hat“.

Internet Auch die Bürger erfahren Wissenswertes von der EEA. 700 Stationen in mehr als 20 Ländern speisen stündlich Daten in ein Ozon-Web ein. Im Internet ist nachzulesen, wie hoch die Ozonbelastung einer Region ist. Das Register EPER listet im Web die Schadstoffemissionen von 10.000 europäischen Firmen auf.

Umweltexperten sehen die Agentur positiv: „Die EEA leistet gute Arbeit. Ihre Studien werden hoch geschätzt“, urteilt Andreas Baur von Global2000. EEA-Direktorin McGlade mahnt: „Die Menschen vergessen, wie abhängig wir von einer gut funktionierenden Umwelt sind.“ Für sie steht fest: „Die Kyoto-Ziele sind nicht genug.“

– Maria Kern, Kopenhagen



Agentur-Chefin
Jacqueline McGlade

LINK
www.eea.europa.eu